Nr. 217 XXVIII. Jahrgang

Donnerstag, 2. September 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.25, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Bezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten, Kreuzbandsendung im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13525, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Die Sühne für Breslau

Der Berliner Botschafter der französischen Republik, Herr Charles Laurent, hat am Dienstag vormittag dem Außenminister Dr. Simons die Forderungen der französischen Regierung überreicht, die auch eine „Wiedergutmachung" für den materiellen und moralischen Schaden bezwecken sollen, den der Ueberfall auf das französische Konsulat in Breslau angerichtet hat. Nach dem bedauerlichen Vorfall anläßlich der Feier des 14. Juli vor der französischen Botschaft in Berlin wirkt die Wiederholung eines völkerrechtswidrigen Uebergriffes um so peinlicher, als letzten Endes die deutsche Regierung und dadurch das Ansehen der deutschen Republik aufs neue kompromittiert wird. Mit einem gewissen Recht hebt die französische Note hervor, daß eine lange Reihe feindseliger Kundgebungen und Angriffe gegen ihre zivilen und militärischen Vertreter darauf hinzuweisen scheine, daß gewisse Elemente in Deutschland es auf eine Herausforderung abgesehen haben. Wenn auch der überwiegend größte Teil des deutschen Volkes einer Herausforderung fernsteht, so ist doch nicht zu leugnen, daß die sich mehrenden Zeichen der Verhetzung auf eine bestimmte Quelle zurückzuführen sind, die aus einer Verlegenheit der Regierung Nutzen zu ziehen hofft. Es ist dieselbe Quelle, die schon vor dem Kriege Ueberheblichkeit für Selbstbewußtsein und „Forsches" Auftreten für Vaterlandsliebe gehalten hat.

Dieselbe Kurzsichtigkeit und mangelnde Rücksichtnahme auf andre als deutsche Gefühle hat es auch jetzt wieder bewirkt, daß das deutsche Volk die Narrheiten einer Clique und Draufgänger mit seiner Ruhe und seiner Zukunft zu bezahlen hat. Bei einiger Ueberlegung hätte vorausgesehen werden können, welche Folgen sich aus einer Zerstörung des französischen Konsulats, der Amtsakten und andern Ungesetzlichkeiten ergeben würden. Gewiß trägt auch das Verhalten der Franzosen in Oberschlesien, ihre nur schlecht verhüllte Unparteilichkeit für alles was polnisch heißt und ihr anmaßendes Auftreten, das nicht nur im oberschlesischen Abstimmungsgebiet böses Blut gemacht hat, einen guten Teil der Schuld an der Vergiftung jener Atmosphäre, die die französische Note weniger aufrichtig als klangvoll zur Beruhigung der Gemüter und zur Herstellung friedlicher Beziehungen als erforderlich bezeichnet. Unleugbar ist aber, daß es eine Torheit und ein unverantwortlicher Leichtsinn ist, der Regierung bei dem Bestreben, halbwegs vertrauensvolle Beziehungen zu den Feinden von gestern herzustellen, in den Arm zu fallen.

Angesichts der schwerwiegenden Forderungen, die, abgesehen von einer Schadenersatzverpflichtung in Naturalien und Gold, eine Reihe von demütigenden Maßnahmen mehr symbolischer Art als Flaggengruß und Sühneparade eines militärischen Aufgebots vorsehen, muß man sich wieder einmal fragen, ob jene typischen Vertreter deutscher Würde in diesem Schlußeffekt ihres zudeutschen Patriotismus eine Verwirklichung ihrer Ideale erblicken. Auf einem andern Blatte steht freilich die Erwägung, ob es klug ist, wenn Herr Millerand durch eine Uebertreibung seiner Sühneforderungen vor den billigen Siegergelüsten der Boulevardblätter seine Verbeugung macht. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen die Berufung auf den Willen der französischen Regierung, mit der deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Beruhigung und der Arbeit friedliche Beziehungen zu unterhalten. Mit dem Willen allein ist es nicht getan. Wäre es ihr ernstlich darum zu tun, dann hätte sie durch eine neutrale Politik in Oberschlesien und sonstwo anstatt zu einer Beunruhigung der deutschfühlenden Bevölkerung beizutragen, wirklich Frieden und Vertrauen schaffen können. Durch ihr Abseitsstehen, wo es heißt, deutsche Interessen zu vertreten und durch zumindest wohlwollende Duldung zugunsten großpolnischer Propaganda, hat sie sehr oft Wind gesät, der sich in Breslau zu einem Sturme auswachsen hat.

Der Wunsch der französischen Regierung, mit der deutschen Republik in einer Atmosphäre der Beruhigung und Arbeit zu friedlichen Beziehungen zu gelangen, wird auch wie vor etwas einseitig von den französischen Diplomaten aufgefaßt. Man glaubt, man könne durch einen anmaßenden, herrischen und höchst unhöflichen Ton den nicht ganz fügsamen unterlegenen Nachbar zu friedlicher, wohlgeneigter Stimmung bekehren, wie jene schwäbische Bauersfrau glaubte, ihren Sohn zur Fröhlichkeit zu bringen, indem sie ihm ein paar Maulschellen anbot, wenn er nicht sofort lache. Doch für uns ist das Schauspiel der französischen Siegerpolitik vorläufig nur tragisch, nicht auch tragikomisch. Wir sind an Händen und Füßen gefesselt und müssen weit über das Maß des Berechtigten den übertriebenen Forderungen nachgeben, auch wenn wir, wie bei manchen Angelegenheiten schon, voll im Recht sind. In dem vorliegenden Falle aber kann das gute Recht für uns höchstens von der Presse in Anspruch genommen werden, die den geistigen Urhebern des Berliner Flaggenskandals und denen des Breslauer zwischenfalles nachsteht. Im allgemeinen müssen wir in dieser Angelegenheit zugestehen, daß wir nicht ganz frei sind von Schuld. Die Hauptschuldigen werden allerdings an unverantwortlichen Stellen weit im Hinterhalt hausen und werden nicht zu fassen sein. Die zuständigen Behörden aber, die zum Teil wohl nur verhindern, weil ihnen die positive Macht fehlt, und mit ihnen das ganze deutsche Volk müssen büßen und sich demütigen, nicht zum Wohle des Weltfriedens, dem wir ja dienen möchten, sondern zur Befriedigung des Siegergefühls französischer Chauvinisten. Gerade diesen Extrapoden unsrer Alldeutschen ist mit diesen kleinen Zwischenfällen gedient. Sie würden aber noch weit größeren Nutzen aus einer Weigerung der deutschen Regierung, auf die Note einzugehen, ziehen. Aus Gründen politischer Klugheit müssen wir daher ebenfalls wieder einmal nachgeben, wo der beleidigte Nationalstolz gern anders sagen würde.

Beratungen über die Note

b. **Berlin**, 1. September. (Eig. Drahtbericht.) Die Mitglieder des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten sind seit Dienstag früh fast vollzählig in Berlin eingetroffen. Abends 7 Uhr fanden Besprechungen mit den Parteiführern der Mehrheitsparteien über die Lage statt. In der Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten am Mittwoch wird außer Minister Dr. Simons auch der Reichskanzler sprechen. Die französische Note und die Breslauer Vorgänge dürften in dieser Sitzung nur allgemein besprochen werden. Die deutsche Regierung soll beabsichtigen, die französische Note unmittelbar nach der Sitzung des Ausschusses und spätestens Donnerstag zu beantworten.

b. **Berlin**, 1. September (Eig. Drahtbericht.) Wie Reichsminister Dr. Simons zu Parlamentariern äußerte, wird die Reichsregierung versuchen, über die Note Frankreichs und über die darin enthaltenen schweren Sühneforderungen in einen Notenwechsel mit der französischen Regierung zu treten. Eine bedingungslose Annahme der Note sei in der Sitzung des Reichskabinetts nicht ausgesprochen worden.

*

Frankreich unnachgiebig?

⊙ **Genf**, 1. September. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" meldet: In den Besprechungen mit dem deutschen Vertreter Dr. Mayer hat Millerand keinen Zweifel gelassen, daß an eine Herabminderung der Deutschland auferlegten Sühneforderungen nicht zu denken sei. Die Beleidigungen Frankreichs seien sehr schwere und ihre Wiederholung oder die Nichterfüllung der Sühneforderungen müsse zu sehr ernsten Konflikten führen. Es erscheint ihm fast unglaublich, daß die deutsche Polizei in Breslau außerstande gewesen sein soll, die Zerstörung des französischen Konsulats zu verhindern. Der „Matin" schreibt, daß der Kammerausschuß für Auswärtiges am kommenden Montag in Paris zusammentreten soll.

⊙ **Basel**, 1. September. (Eig. Drahtbericht.) Nach einem Telegramm des „Basler Anzeigers" aus Paris erwartet man in Paris die deutsche Antwort noch im Laufe dieser Woche. Es bestehe in Pariser Regierungskreisen kein Zweifel, daß Deutschland auch die jetzigen Sühneforderungen annehmen werde.

*

Die Sühneforderung

WTB. Berlin, 31. August

Die von dem französischen Botschafter heute überreichte Note hat folgenden Wortlaut:

Herr Minister! Im Anschluß an meine Note vom 27. d. M. beehre ich mich, Eurer Exzellenz die Bedingungen der Regierung der Republik für die Beilegung des ernsten Zwischenfalles bekanntzugeben, der sich auf dem französischen Konsulat in Breslau am 26. August d. J. zugetragen hat:

1. Das Konsulat wird von der Deutschen Regierung auf ihre Kosten wieder instand gesetzt.

2. Die Deutsche Regierung zahlt 100 000 Franken zur Entschädigung der Konsulatsbeamten für die bei der Plünderung erlittenen materiellen Verluste, für den Schaden, der ihnen etwa durch Vernichtung ihrer auf dem Konsulat hinterlegten Wertpapiere und Urkunden entstanden sein könnte, und für die besonderen Aufwendungen, zu denen der Vorfall sie genötigt hat.

3. Alle an dem Ueberfall Beteiligten werden ermittelt und bestraft. Das Ergebnis der Ermittlungen wird der Botschaft binnen acht Tagen mitgeteilt.

4. Gegen die Ortsbehörden, durch deren Einverständnis, Fahrlässigkeit oder Gleichgültigkeit die Ausführung des Ueberfalles möglich geworden ist, werden disziplinarische Maßregeln getroffen, von denen die Botschaft innerhalb der gleichen Frist Mitteilung erhält.

5. Nach vollständiger Erfüllung dieser Bedingungen wird das Konsulat in Gegenwart des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien und des französischen Botschaftsrats wieder eröffnet. Die Flagge wird gleichzeitig gehißt und weht bis 7 Uhr abends. Eine Kompagnie Reichswehr mit Musik erweist die Ehrenbezeugung und defiliert vor dem Konsulat. Das Programm des Herganges wird im Einverständnis mit der Botschaft festgesetzt.

Da die Regierung der Republik der Ansicht ist, daß die Gewalttat gegen das französische Konsulat in Breslau auf die nämlichen Ursachen wie die Beleidigung der französischen Botschaft vom 16. Juli zurückzuführen ist, verlangt sie außerdem sofortige disziplinarische Maßregeln gegen Hauptmann v. Arnim.

Die Regierung der Republik wünscht mit der Deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Beruhigung und Arbeit friedliche Beziehungen zu unterhalten. Aber sie muß feststellen, daß eine lange Reihe feindseliger Kundgebungen und Angriffe gegen ihre zivilen und militärischen Vertreter in Deutschland zeigt, daß es gewisse Elemente auf Herausforderungen abgesehen, zu denen das regelmäßige Ausbleiben einer Bestrafung geradezu ermutigt. Sie ist überzeugt, daß dieser unerträgliche Zustand sich von Tag zu Tag verschlimmern wird, wenn die Deutsche Regierung nicht durch deutliche Mißbilligung und nachdrückliche Strafen zeigt, daß sie dem ein Ende setzen will.

In diesem Sinne beehre ich mich, im Auftrage meiner Regierung die Forderung zu stellen, daß die Deutsche Regierung für alle Zwischenfälle, deren Opfer französische Vertreter oder Staatsangehörige gewesen sind, wir in der Botschaft binnen kürzester Frist durch Seine Exzellenz den Reichskanzler ihr Bedauern ausspricht und zugleich die Zusage erteilt, daß sie in der vorliegenden Note geforderte Genugtuung in vollem Umfang gewährt werde. Im übrigen behalten sich die verbündeten Regierungen selbstverständlich vor, die Sühne und Wiedergutmachung zu verlangen, die die Uebergriffe gegen die Interalliierten Kontrollkommissionen und ihre Mitglieder zu erfordern scheinen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

ges. Charles Laurent.

Die Forderungen angenommen

b. **Berlin**, 1. September. (Eig. Drahtbericht.) In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts sind die französischen Forderungen angenommen worden mit Ausnahme der Forderung nach sofortiger Bestrafung der Schuldigen innerhalb acht Tagen und der vorgeschriebenen Form der militärischen Sühneparade. Ueber diese zwei Punkte wird erst heute die Entscheidung fallen.

*

Verschärfte Lage in Soldau

k. **Königsberg**, 1. September. (Eigener Drahtbericht.) In Soldau haben die Polen den verschärften Belagerungszustand erklärt. Eine zweite Verfügung dehnt den verschärften Belagerungszustand auf den Korridor aus. In Soldau sind am letzten Freitag wieder acht Deutsche standrechtlich erschossen worden.

*

Oberschlesien kommt nicht zur Ruhe

+ **Oppeln**, 1. September. (Eigener Drahtbericht.) Am gestrigen Tage versuchten, wie wir von zuständiger Seite erfahren, im Kreise Hindenburg die Landgendarmen wieder ihren Dienst aufzunehmen. Die Folge war, daß die Beamten sofort von den Polen beschossen wurden. Drei von ihnen fand man später erschossen auf. Die Beuthener Abmachungen werden von ihnen völlig unberücksichtigt gelassen. Von einer Bildung von Bürgerwehren auf paritätischer Grundlage kann nirgends gesprochen werden. Die Entwaffnungsaktion der Besatzungstruppen steht ebenfalls nur auf dem Papier. Es wurden nur einzelne völlig unbrauchbare Waffen abgegeben, während anderseits gute Waffen waggonweise über die polnische Grenze in Sicherheit gebracht werden. Wenn auch vorübergehend durch die Wiederaufnahme der Arbeit äußerlich Ruhe eingetreten ist, so sind doch alle verantwortlichen Stellen bewußt, daß schon in nächster Zeit mit einer neuen Erhebung zu rechnen ist.

Von dem Anhalten der überaus unsicheren Lage spricht auch eine Wolffmeldung, in der es wie folgt heißt: Die Besatzungstruppen üben auf verschiedenen Bahnhöfen Oberschlesiens eine sehr scharfe Kontrolle der Reisenden aus. In Kattowitz-Land liegt der Polizeidienst meist noch in den Händen der Polen, die größtenteils bewaffnet sind. Die polnisch-deutsche Grenze ist vollkommen offen. Die Kattowitzer Polen melden bei der interalliierten Kommission 4 Millionen Schadenersatz an, welche die deutschgesinnten Einwohner der Stadt tragen sollten. In den Landgemeinden ist die Schadenanmeldung vielfach schwierig, weil die unter polnischem Einfluß stehenden Verwaltungen die Annahme deutscher Anmeldungen verweigern.

*

Immer noch keine Abstimmung!

+ **Oppeln**, 1. September. (Eig. Drahtbericht.) Zu den verschiedenen Nachrichten über einen schon in Aussicht genommenen Termin für die Volksabstimmung in Oberschlesien sowohl in der deutschen wie in der polnischen Presse wurde vom Oktober gesprochen) erfahren wir von interalliierter Seite, daß bisher weder ein bestimmter noch überhaupt ein Termin vorgesehen ist. Auch ist bei der interalliierten Kommission in Oppeln nichts von einem Auftrag des Obersten Rates, Vorschläge für eine beschleunigte Abstimmung einzureichen, bekannt. Daß diese Kommission und die Besatzungstruppen den Wunsch haben, Oberschlesien baldmöglichst zu verlassen und in ihre Heimat zurückzukehren, ist nach den letzten Ereignissen erklärlich. Uns wird aber aus das bestimmteste versichert, daß die Abstimmung erst dann stattfinden wird, wenn Ruhe und Ordnung in Oberschlesien herrscht und eine gerechte Durchführung der Abstimmung gewährleistet ist. Die Festsetzung des Termins liegt nicht in den Händen der Kommission, sondern ausschließlich beim Obersten Rat in Paris.

*

Ein Dementi

Havas meldet: Die kürzlich von der „Idea Nationale" veröffentlichte Meldung, der Heilige Stuhl habe an Polen eine Note gerichtet, in der ihm Mäßigung bei den russisch-polnischen Verhandlungen anempfohlen wurde, wird von unterrichteter Seite in Abrede gestellt.

*

Massenmörder

Ueber den Massenmord von Josephsthal bei Deutsch-Piekar, wo nun schon zehn Leichen grausam gemarterter deutscher Arbeiter gefunden worden sind, treffen neue Meldungen mit entsetzlichen Einzelheiten ein. Von privater Seite wird Wolffs Bureau berichtet: Der Schauplatz der Leichenfunde ist ein kleiner Nadelwald dicht an der Grenze. Alle zehn Opfer stammen aus dem Schlafhaus Mazgeikowitz, das von den Polen am 20. August erstürmt wurde. Der Mord ist jedenfalls am 23. August erfolgt. Erkannt ist bisher nur eine von den Leichen, und zwar als die des Schlafhausmeisters Los. Als einer der Täter wird ein gewisser Mjodok genannt, der mit mehreren Brüdern die ganze Gegend dort aufgewiegelt haben soll und seit der Untat flüchtig geworden ist. Die Leichen, die aus den beiden Massengräbern zutage gefördert wurden, boten ein grauenerregendes Bild. Nach dem Aussehen der Wunden und der zerstörenden Wirkung der Kopfschüsse waren die Schüsse alle aus nächster Nähe abgegeben, aber gerade deshalb zwingt die Anzahl der Schüsse zu der Vermutung, daß die Mörder ihre Opfer durch schlechtes Zielen absichtlich und grausam gemartert haben. Außerdem waren die Leichen der ganzen Oberkleidung, des Schuhzeugs usw. beraubt und wie Viehkadaver durcheinander geworfen. Die englischen Offiziere, die der Oeffnung des zweiten Grabes mit fünf Leichen anwohnten, hielten mit den Ausdrücken ihres Abscheus vor der unmenschlichen Brutalität der polnischen Mörder nicht zurück. In den deutschen Kreisen ist die Entrüstung ungeheuer. Man ist überzeugt, daß diese vierfachen Mordtaten nicht die einzigen ihrer Art sind und daß die meisten von denen, die von den polnischen Truppen weggeschleppt wurden, ein ähnliches Schicksal erlitten haben.

Man darf gespannt sein auf die französische Entrüstung über diese Schandtaten, die aber alle Zwischenfälle in Deutschland immer so rasch zur Stelle ist! Red.

Amerika und die Ententepolitik

Von unserm L.-Mitarbeiter

New-York, Mitte August.

In Washington beschäftigte sich gestern das Kabinett mit der russisch-polnischen Frage. Wilson und seine Jasager winden sich. Was jeder Mensch längst wußte, nämlich, daß ein Friedensschluß ohne Rußland ein Kartenhaus sein mußte, das ein Windstoß über den Haufen werfen würde, will der doktrinäre Professor Wilson nicht einsehen. Sein politisches Herz hängt immer noch an dem Versailler Vertrag. Er fürchtet, daß die bösen Bolschewiki aus dem Völkerbundsstaat Brennholz machen werden. Er möchte denn Wilson mitreden, wenn es zur Revision des Schandfriedens von Versailles kommt.

Die britische Propaganda verbreitet hier, Frankreich verlange, daß Wilson mitgehe und mitgehe auf der Londoner Konferenz, denn der weichherzige Lloyd George sei imstande, die Bolschewisten als Menschen und nicht als Bestien zu behandeln. Wilson müsse daher den Franzosen helfen, zu verhindern, daß die Milch der britischen Herzensgüte überkoche! Das alte Bauernfängerspiel: Anmelderei bei den Russen, denen die braven Briten sagen: „Liebste Freunde, wir Engländer würden ja gerne die glänzendsten Friedensbedingungen euch anbieten, aber diese wahnsinnigen Franzosen und der Wilson lassen uns nicht!" Nach bewährten Mustern. — Wilson hat ziemlich deutlich wissen lassen, daß er sich nicht gar in den russisch-polnischen Friedensschluß einmischen könne, daß er aber seinen Finger in die Pastete stecken werde, wenn man die russische Frage erledigen, also den Versailler Vertrag neu aufrollen wolle. Ob Wilson einen Vertreter zur Londoner Konferenz schicke oder nicht, bleibt sich ziemlich gleich, denn Lloyd George hat den Bruder Wilson längst wie eine gut ausgepreßte Zitrone beiseite geworfen. Wilson hat seine Rolle überall ausgespielt. Für einen Krieg gegen Rußland, der längst im Gange wäre — auf amerikanische Roten nämlich — wenn der Bundessenat den britischen Völkerbund nicht sozusagen hätte, ist das Volk der Vereinigten Staaten nicht zu haben. Kurz vor einer Präsidentenwahl heißt es doppelt vorsichtig sein.

Amerika hat vorläufig genug Krieg. Wir sind tatsächlich eine friedliebende Nation. Unser Kongreß hat die Stärke des Heeres auf 300 000 Mann herabgesetzt und wir selbst setzen sie auf 200 000 Mann herab. Es fehlen uns 150 000 Mann, weil sich keine Freiwilligen melden, obwohl an jeder Straßenecke ein Rekrutierungsoffizier aufgestellt ist, der die Werbetrommel rührt. Schilder mit elektrischen Buchstaben fordern zum „Dienst in Deutschland" auf, aber es meldet sich niemand. Eine Welt der Unterschiede: Sie können nichts zu essen, wir nichts zu trinken bekommen; sie können ihre Soldaten nicht los werden und wir können keine anwerben! Es hat eben jeder seine Last. Aber schließlich langt bei uns auch die Armee von nur 200 000 Mann; dank der Nachfrage! Die halbe Armee ist immer damit beschäftigt, die andre Hälfte anzuwerben. Also wir brauchen unsre kleine Armee dringend daheim und können sie daher unmöglich nach Polen schicken. Unter diesen Umständen würde Wilson den „deutschen Hunnen" „die belgischen Greuel" gnädigst vergeben, wenn sie sich für die Alliierten als Kanonenfutter verwenden lassen. Die amerikanische Presse hat für Polen nichts übrig. Hier zwei Beispiele. Der „New York American", ein linksdemokratisches Blatt, sagt in einem Artikel mit der unzweideutigen Ueberschrift „Wiederum zeigt sich der Völkerbund in seiner wahren Gestalt, als eine Allianz der siegreichen Nationen" u. a. folgendes: „Eine Londoner Depesche besagt, die Weigerung der russischen Regierung, den Völkerbund als Vermittler zwischen sich und den Polen anzunehmen, sei der schlimmste Schlag, den der Völkerbund seit seiner Ablehnung durch den amerikanischen Bundessenat bekommen.

Vor mehr als einem Jahre erklärte Venizelos, der Völkerbund wäre weiter nichts, als ein Schutz- und Trutzbündnis der Nationen, die dadurch gesiegt hätten, daß sie die Vereinigten Staaten betreffs der Ziele, für die sie zu kämpfen vorgaben, beschwindelt hätten.

Auch Robert Cecil, Hauptführerin der Völkerbundes in England, erhob seine warnende Stimme und sagte dem britischen Premier, wenn der Bund nicht einmal eins seiner schwächsten Mitglieder daran verhindern könne, einen unverantwortlichen Krieg vom Zaune zu brechen, dann werde er, der Bund, gerade als das der ganzen Welt bloßgestellt, als was ihn die Gegner verlacht hätten, nämlich als eine Offensiv- und Defensivallianz von einigen Nationen zu dem Zwecke, England und Frankreich den ungestörten Besitz ihrer Kriegsbeute zu sichern.

Trotz ihrer Proteste einsichtiger Männer erklärte Polen den Krieg und es drang ohne jede Provozierung in Rußland ein. Warum griff Polen an? Die Antwort lautet: der Völkerbund! Und die Bandorabüchse von Uebelm im Völkerbund ist jener Artikel X, der den Mitgliedern des Bundes ihren territorialen Besitz garantiert.

Der Wortlaut des Artikels X ist schon schlimm genug, aber wie er von den Regierungen Englands und Frankreichs ausgelegt ist, ist er mehr zum Ausbrüten neuer Kriege veranlaßt, als selbst seine Gegner gefürchtet hatten. Die den Völkerbund dominierenden Nationen sagten Polen: Wenn du Rußland angreifst und schlägst, behältst du alles, so viel du willst; wirst du aber geschlagen, wird Artikel X dich schützen und du wirst nichts verlieren!

Polen hat in einem Kriege mit Rußland nichts zu verlieren und die Aussicht, alles zu gewinnen. In diesem Augenblicke liefern die dominierenden Nationen des Völkerbundes den Beweis dafür: sie strengen sich aufs äußerste an, um der Welt zu beweisen, daß ein Mitglied des Bundes ungestraft einen Krieg vom Zaune brechen darf, denn sie suchen zu verhindern, daß Polen für seine Torheit bestraft werde.

Der armselige, verfaulte Mantel der berüchtigten ersten „Heiligen Allianz", den unsre heutigen Imperialisten ausgegraben haben, um die Nacktheit ihres Räuberbundes, den sie den Völkerbund getauft haben, zu verhüllen, ist zerschlissen und zerlumpt, daß er in jeder Naht auseinander geht und schon jetzt so voller Risse und Löcher

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200902/1